

Zum Leserbrief von Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp u. a.

in Jugendhilfe 1/2008, zu Roth/Appel, Pro-aktive Systeme und ihr Charme!, in Jugendhilfe 2/2007

Stadt Halle (Saale), 21. Februar 2008

PRO AKTIV ist inzwischen in der Jugendhilfelandchaft der Stadt Halle (Saale) ein Schlagwort »in aller Munde« geworden. Besonders die ausschließlich oder überwiegend präventiv ausgerichteten Träger sehen mehr Chancen als Bedenken und beteiligen sich aktiv sowie konstruktiv an der Umsetzung einer pro-aktiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle. Das sieht bei den so genannten »HzE-Trägern« in unser Stadt noch ganz anders aus. Daher verwundert es nicht, dass neben Frau Hanke und Herrn Prof. Dr. Herwig-Lempp von der Hochschule Merseburg alle anderen Autoren bzw. Autorinnen Mitglieder der vor vielen Jahren gegründeten »Arbeitsgemeinschaft Freie Träger Hilfen zur Erziehung« sind.

Im Leserbrief wird das »Fachkonzept« erwähnt. Erstmals hat der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie ein umfassendes und verbindliches Konzept, welches zudem nach mehreren Beratungen im Unterausschuss Jugendhilfeplanung am 5. Oktober 2006 durch den Jugendhilfeausschuss legitimiert wurde. Grundlage hierfür waren Stadtratsbeschlüsse zu Leitzielen der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Sozialraumorientierung aus dem Jahre 2002.

Auch den HzE-Trägern war seit 2002 bekannt, dass das Sozialraumprinzip Arbeits- und Organisationsprinzip sein wird.

Unabhängig vom Rechtsanspruch im Einzelfall erachtet die Stadt Halle (Saale) auch zukünftig Hilfen zur Erziehung als erforderlich und fachlich geboten, allerdings unter dem Motto »so viel Prävention wie möglich und so wenig Intervention wie nötig«. **Abwen-**

dung von Kindeswohlgefährdung steht in der Stadt Halle nachweislich an oberster Stelle und nie in Frage.

Die Stärkung präventiver Leistungen, von der Fachwelt spätestens seit 1989 mit dem 8. Jugendhilfebericht gefordert, ist eine zentrale Vorgabe im Fachkonzept, auf dessen Basis das Papier »Grundsätze einer pro-aktiven Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien in der Stadt Halle« durch eine Arbeitsgruppe, der Mitarbeiter/innen aus den verschiedenen Sozialräumen mit dem Hintergrund unterschiedlicher Fachgebiete (wie Allgemeiner Sozialer Dienst, Streetwork, Unterhalt, Pflegekinderdienst usw.) angehörten, unter Begleitung der Start gGmbH erarbeitet wurde.

Die Autoren des Leserbriefes unterstellen die Erstellung des Fachkonzeptes ohne Beteiligung der Mitarbeiter sowie »über Nacht ... die Abschaffung aller ... bestehenden Planungs- und Beteiligungsgremien zwischen freien Trägern und dem öffentlichen Träger der Jugendhilfe ...«.

Richtig ist, dass das Fachkonzept vor Beschlussfassung durch den Jugendhilfeausschuss allen Mitarbeitern als **Fachrahmenkonzept** vorgestellt und mit ihnen in Workshops diskutiert wurde. In der Ausgestaltung und Umsetzung ist eine Beteiligung selbstverständlich, ebenso in der Evaluation.

Natürlich fand und findet auch eine Beteiligung der freien Träger statt. So gab es am 7. September 2006 eine Vorstellung und Diskussion mit der Liga der Wohlfahrtspflege und dem Stadtjugendring, wobei von niemandem die Beteiligung der freien Träger an sich in Frage gestellt wurde.

Eine Woche nach der Beschlussfassung durch den JHA am 5. Oktober 2006 erfolgte in einer stadtweiten Veranstaltung am 12. Oktober 2006 (ca. 120 TeilnehmerInnen) eine ausführliche Präsentation und Diskussion mit anschließenden Workshops und Folgeveranstaltungen im Sozialraumbezug. Alle Akteure der Jugendhilfe waren ausdrücklich an der Ausgestaltung eingeladen, was von der überwiegenden Anzahl der Träger aus dem präventiven Bereich sehr gern angenommen wurde. Die überwiegend auf Intervention ausgerichteten so genannten »HzE«-Träger taten sich ausgenommen schwer und sorgten sich um Auslastung ihrer Kapazitäten.

Zu den Grundsätzen der »Pro-aktiven Systeme« gab es im Vorfeld eine noch umfangreichere Beteiligung. Rückmeldungen aus den Workshops am 12. Oktober 2006 wurden ebenso prozesshaft in ein Diskussionspapier eingearbeitet wie, neben internen Rückmeldungen, auch Rückmeldungen aus einem stadtweiten Treffen mit allen freien Trägern im März 2007 sowie aus Folgetreffen zum Sozialraumbezug. Es wurden also gemeinsam Antworten bzw. Lösungen gesucht und konkrete Handlungsschritte für die praktische Umsetzung in den Sozialräumen entwickelt. Ebenso waren auch hier der Unterausschuss Jugendhilfeplanung sowie der Jugendhilfeausschuss einbezogen.

Von mangelnder Beteiligung dürfte also keine Rede sein.

Im 3. Quartal 2007 begannen die Pro-aktiven Systeme mit der Einführung von 10 Quartiersrunden. Auch Autoren des Leserbriefes arbeiten inzwischen intensiv und konstruktiv mit.

Als lernende Organisation hat der Fachbereich die Zeitschiene sowohl bei der Organisationsentwicklung als auch bei den Erwartungen zu den Effekten der pro-aktiven Arbeit angepasst.

Der Stadtrat konnte davon überzeugt werden, die Haushaltskonsolidierung zeitlich zu verschieben. Für die Argumentation hilfreich

war auch der klare Hinweis der Start gGmbH bei der Beschlussfassung des Fachkonzeptes durch den Jugendhilfeausschuss, dass erst mittel- und langfristig Effekte durch den Umbauprozess erreicht werden können.

Zunächst werden nicht bekannte Unterstützungsbedarfe bei den Familien früher sichtbar. Nachweisbar haben präventive Hilfen zu günstigeren Kosten zugenommen, während aktuell die Fallzahlen bei der Intervention zurückgehen, so dass mittelfristig auch mit Einsparung ohne Qualitätsverlust gerechnet werden kann.

Zur Urheberschaft des Textes, von den Autoren des Leserbriefes angezweifelt, wird hiermit klar gestellt, dass die Arbeitsgruppe mit den Mitarbeiter/innen aus dem Fachbereich den von der Beratungsgesellschaft Start gGmbH vorgeschlagenen pro-aktiven Ansatz aufgenommen, weiterentwickelt und konkretisiert hat. Die Urheberschaft liegt bei Start!

Die Autoren behaupten, dass die Start gGmbH »mit über 300 000 € vergütet wird«. Richtig ist, dass 80 000 € pro Jahr insgesamt gezahlt wurden, für den Auftrag der Beratung und Begleitung der »Evaluation der Jugendhilfe unter Sozialraumaspekten mit dem Ziel der effektiven Nutzung der präventiven Potenziale der Sozialräume der Stadt Halle«, womit auch Honorare für umfangreiche Fortbildung und Qualifizierung abgegolten sind.

In der Nachbemerkung von Prof. Herwig-Lempp vom 17. Dezember 2007 führt der Autor aus, dass nach einer Dienstanweisung »alle (!) Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen innerhalb von drei Wochen aus den Heimen entlassen werden sollten, um in 2007 doch noch 2 Mio. € einzusparen«.

Richtig ist, dass mit der erwähnten (internen) Dienstanweisung in allen Fällen unter der Prämisse der Installierung von geeigneten Hilfen für das Familiensystem und der Sicherung des Kindeswohls die Rückführung zu prüfen war. Dabei ging es allerdings nicht um Einsparungen, sondern neben der Be-

grenzung des Kostenaufwuchses auch um einen kurzfristigen Überblick für die noch in 2007 benötigten Haushaltsmittel. Niemand in unserer Stadt hatte jemals ernsthaft an die Rückführung aller Kinder gedacht. Im Ergebnis wurden von der Stadt Halle (Saale) im Jahr 2007 3,1 Mio. € mehr an Haushaltsmitteln für die Hilfen zur Erziehung bereitgestellt als ursprünglich vorgesehen.

Für die Veröffentlichung des Leserbriefes bringt die Stadt Halle (Saale) ausdrücklich ihr Unverständnis zum Ausdruck, nachdem der Verlag mit Schreiben vom 12. Juli 2007 mitteilte, dass von einer Veröffentlichung abge-

sehen wird. Zwei Tage zuvor hatte die Leitung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie unter Hinweis auf ein vereinbartes Gespräch mit einer Delegation der Unterzeichner/innen des Leserbriefes von einer Veröffentlichung des Leserbriefes abgeraten.

► **Stadt Halle (Saale)**
Fachbereich Kinder, Jugend
und Familie – Ressort I
Andreas Wilhelm
Ressortleiter
Stadtteilzentrum Mitte/Nord/Ost

Antwort auf die Stellungnahme der Stadt Halle

In unserem Leserbrief haben wir den Vorwurf erhoben, dass Roth/Appel den Beratungsprozess im Jugendamt Halle bewusst falsch darstellen und dass der größte Teil des Textes gar nicht von den beiden Autoren selbst stammt.

Bezeichnenderweise antwortet nicht Klaus Roth als Hauptautor des Textes, sondern einer der von ihm beratenen Ressortleiter. (Dieser gehört zum engsten Leitungskreis des Jugendamts Halle und ist, wie Roth, allerdings mitverantwortlich für die dortige Entwicklung).

1. Keine Beteiligung

Erst durch die *Nichtbeteiligung* der Freien Träger und der MitarbeiterInnen des Jugendamts konnte es überhaupt passieren, dass Klaus Roth mit dem Leitungsteam des Jugendamts in einjähriger Arbeit ein höchst umstrittenes »Fachkonzept« erarbeitete, das

erst dann – wie von Wilhelm dargestellt – am 7. September 2006 der LIGA vorgestellt und bereits am 5. Oktober (keinen Monat später!) im Jugendhilfeausschuss verabschiedet wurde – obwohl alle Fachleute seine schlechte Qualität hervorgehoben hatten. Ein Antrag der LIGA auf Verschiebung, um sich gründlicher mit dem Konzept zu befassen, wurde auf Druck der damaligen Sozialdezernentin und heutigen Oberbürgermeisterin Szabados (SPD), des Beraters Roth und des Amtsleiters von den Stadträten abgelehnt, das Konzept wurde sofort und wie verlangt ohne Änderung gegen die Stimmen der LIGA beschlossen.

Die Mitarbeiter wurden über das Konzept, das nach der Idee von Roth und Appel auch die »radikale Umstrukturierung« des Jugendamts vorsah, erst eine Woche *danach* informiert. Als später die Mitarbeiter ein »Diskussionspapier« erstellen sollten, durften dabei die »pro-aktiven Systeme« selbst nicht in Frage gestellt werden. Dass dieses Papier an-

schließlich von Roth und Appel unter eigenem Namen veröffentlicht wurde, wird von Wilhelm gar nicht bestritten. Doch auch wenn er selbst dieses Vorgehen für korrekt hält, genügt das außerhalb des Halleschen Jugendamts nicht den Ansprüchen an Wahrhaftigkeit und Ehrlichkeit.

Nicht zuletzt wurde auch das gesetzlich vorgesehene Beteiligungsgremium, die Arbeitsgemeinschaft, nach § 78 einseitig und gegen den Willen der Freien Träger aufgelöst, wiederholte Anträge auf Wiedereinsetzung wurden konsequent abgelehnt.

Beteiligung soll der Qualität sowie der Effektivität und Effizienz von Veränderungsprozessen dienen. Dass in Halle die *Nichtbeteiligung* von Fachleuten von Leitung und Berater aus Gründen der Zeitersparnis ausdrücklich beabsichtigt war, haben Amtsleiter Rochau und Ressortleiter Wilhelm uns in einem Gespräch im Juli 2007 sogar bestätigt.

2. Das Sparkonzept

Bis heute streiten Klaus Roth, die Oberbürgermeisterin und die RessortleiterInnen hartnäckig ab, dass es sich beim sog. »Fachkonzept« um ein *Sparkonzept* handelt. Dabei ist dort unmissverständlich nachzulesen:

»Der Konsolidierungsbeitrag des Fachbereichs umfasst insgesamt 4,2 Mio. € in den Jahren 2007/08; davon im Bereich Hilfen zur Erziehung 4,0 Mio. € und in der Prävention 200 T. €« (S. 4, fast wörtlich wiederholt auf S. 8).

Keineswegs die START gGmbH (wie von Wilhelm behauptet), sondern die Freien Träger haben schon am 5. Oktober 2006 auf die Unmöglichkeit einer solch kurzfristigen Wirkung von Prävention hingewiesen. Roth und Szabados haben diese Einwände vehement zurück gewiesen. Entsprechend wurde der Haushaltsansatz für das Jahr 2007 umgehend gekürzt. Dass die Ausgaben dann nicht sanken, sondern tatsächlich sogar um 3,1 Mio. stiegen, war alles andere als geplant – und

sollte im Herbst 2007 durch die Entlassung *aller* Kinder aus den Heimen und die dadurch angestrebte Einsparung von 2 Mio. € im letzten Moment noch verhindert werden.

3. Die Dienstanweisung Nr. 93

Die Sprache dieser Dienstanweisung ist ebenso eindeutig wie die Reaktionen darauf von Seiten der Presse, der führenden Fachverbände (EREV, DBSH, AFET, IGFH, DGFS) und der Fachpolitik (Wiesner, Struck, Mertens ...). Wilhelm weiß nur zu gut, dass diese Dienstanweisung gegenüber den MitarbeiterInnen ganz genau so vertreten wurde, wie sie außerhalb Halles bis heute gelesen wird – und dass die Oberbürgermeisterin sie zunächst zwei Monate lang öffentlich heftig verteidigt hat. Wenn man tatsächlich etwas anderes gemeint hätte, hätte man das problemlos in kürzester Zeit ändern können ...

Die Oberbürgermeisterin kannte vorab diese Dienstanweisung und hat sie ausdrücklich genehmigt, Klaus Roth berät sie und die Stadt Halle in Fragen der Kosteneinsparung im Jugendamt. Wenn beide jetzt den (seit Monaten abwesenden) Amtsleiter zum Sündenbock machen, ist das nicht nur verantwortungslos (d. h. sie übernehmen nicht die Verantwortung für das, was sie selbst mit zu verantworten haben), sondern auch menschlich schäbig.

4. Quartiersrunden

Effektivität und Effizienz der Quartiersrunden stehen in Frage – der personelle Aufwand ist enorm, der Sinn fachlich unklar, das Ziel (bei den Hilfen zur Erziehung 4 Mio. € zu sparen) schlichtweg absurd. Sowohl die eigenen Mitarbeiter als auch die Freien Träger verweisen nach wie vor auf diese erheblichen fachlichen und organisatorischen Mängel. Berater Roth und die Ressortleiter diffamieren jede Kritik als Boykott, sie halten unbeirrt an ihrem Plan fest: Wodurch Mitarbeitern wie

Freien Träger in ihrer direkten und indirekten Abhängigkeit notgedrungen nur die der Mitarbeiter bleibt.

Fazit

Der Vorwurf bleibt, dass Roth und Appel einen fremden Text unter eigenem Namen ver-

öffentlicht und in den wenigen eigenen Absätzen die Wahrheit bewusst verdreht haben.

(Alle Dokumente einschl. der Zitate unter www.herwig-lempp.de/dokumente.htm).

Prof. Dr. Johannes Herwig-Lempp

Große Ulrichstr. 51, 06108 Halle

E-Mail: johannes@herwig-lempp.de